

BÜRO FÜR INTERNE ANGELEGENHEITEN

Unvoreingenommen und neutral

Das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) im Bundesministerium für Inneres klärt ungerechtfertigte Verdächtigungen gegen Kollegen auf und geht konsequent gegen korrupte Bedienstete vor.

Wenn sich ein Verdacht gegen einen Beamten nachweislich als falsch erweist, zählt das für uns ebenso als erfolgreich geklärt Fall – das unterscheidet uns von anderen Ermittlungsdienststellen, für die das nicht als Lösung eines Falls gelten würde", sagt Mag. Martin Kreutner, Leiter des Büros für Interne Angelegenheiten (BIA) im Innenministerium. Das BIA besteht offiziell seit 31. Jänner 2001 und ist insbesondere für die Korruptionsbekämpfung und für Amtsdelikte nach dem Strafrecht (§§ 302 bis 313 StGB) bei Verdacht der Verwicklung von "Innentätern" zuständig. Darüber hinaus kann jedes andere Delikt im Rahmen der "allgemeinen Kriminalpolizei" bearbeitet werden. "Für Disziplinarangelegenheiten hingegen gibt es Vorgesetzte und Disziplinarbehörden", erläutert Kreutner.

Weisungsfreie Ermittlungen

"Wir gehen absolut unvoreingenommen und neutral an jeden Fall heran und ermitteln in der Sache weisungsfrei", betont der BIA-Leiter. Keine Anschuldigung werde von Anfang an verworfen, umgekehrt gelte die Unschuldsvermutung für Beamte wie für jeden anderen Beschuldigten. "Wir nehmen kein Ergebnis vorweg." Die meisten Fälle werden den zuständigen Staatsanwaltschaften vorgelegt, auch wenn klar ist, dass der Beamte höchstwahrscheinlich unschuldig ist. Kreutner: "Als professionelle Dienststelle unternehmen wir alles, um über jeden Verdacht der Vorab-Bewertung erhaben zu sein." In einem Fall behauptete eine Frau, Beamte eines Polizeiwachzimmers hätten eine Anzeige wegen versuchten Mordes nicht entgegengenommen. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass der "Mordanschlag" lediglich in der Vorstellung der Frau existierte: Ihrer Version nach hätte ein "unbekannter Täter" einen Kugelschreiber auf ihrem Vorzimmertisch hinterlegt; im Schreibgerät hätte sich eine Unzahl von Flöhen befunden, die die Anzeigerin "ermorden" sollten.

In einem anderen Fall behauptete ein Mann, ein Sicherheitswachebeamter handle mit Kinderpornografie im Internet. Ermittlungen des BIA brachten ans Licht, dass der Anzeiger selbst Bilder mit Kinderpornografie auf seinem Computer gespeichert und sie in der Szene angeboten hatte – nicht der Beamte. Dieser hatte gegen den Anzeiger ermittelt. Die Beschuldigung des Polizisten war ein Versuch des Täters, von sich selbst abzulenken. Der Mann wurde vom BIA wegen des Besitzes von Kinderpornografie und wegen Verleumdung angezeigt.

"Anschwärzversuche wie diese kommen leider öfter vor", erklärt Kreutner. Oft landen anonyme Pauschalbeschuldigungen im Journaldienst des BIA, und häufig sind es reflexartige Vorwürfe, etwa nach Demonstrationen und Großveranstaltungen. Beamte des BIA begleiten daher große Demonstrationen und versuchen, an Brennpunkten dabei zu sein. "Kommen am nächsten Tag etwa Beschwerden wegen angeblicher Übergriffe, haben wir einen Eindruck von dem, was tatsächlich vor Ort passiert ist", sagt der BIA-Leiter. "Wir sehen

es als wichtige Aufgabe, auch hier die Wahrheit darzustellen und in solchen Fällen die Kollegen von den Vorwürfen zu befreien." Jeder kann sich mit Fragen oder bei einem Verdacht auf Korruption und Amtsdelikte direkt und unverbindlich an das BIA wenden; jeder Ressortangehörige kann dies aufgrund des BIA-Erlasses* auch außerhalb des Dienstweges tun. Für jede Dienststelle gilt hingegen eine schriftliche "Meldepflicht" bei einem strafrechtlich relevanten Verdacht.

Immer wieder melden sich betroffene Beamte im Büro für Interne Angelegenheiten, um Vorwürfe, die andere gegen sie erheben, durch eine unabhängige und neutrale Stelle erheben zu lassen. Drei Viertel der Anzeigen kommen aus internen Dienststellen, der Rest sind Anzeigen aus der Bevölkerung und von Gerichten. Immer nach aufsehenerregenden Fällen steigt die Zahl der Verdachtsmeldungen Privater. Nach einiger Zeit flacht sie ab.

In einer Reihe von Fällen stellte sich durch die BIA-Ermittlungen die Unschuld der Angezeigten heraus. In den Verfahren, in denen das BIA im Jahr 2003 ermittelt hatte, wurden sechs Beschuldigte freigesprochen; in neun Fällen ergriffen Staatsanwaltschaften oder Gerichte Diversionsmaßnahmen (außergerichtlicher Tatausgleich, Verweis oder Bußgeld). In vier Fällen kam es zur Verurteilung der Verdächtigen. "Es ist unsere Hauptaufgabe, diese Fälle herauszufiltern und konsequent gegen die schwarzen Schafe vorzugehen", sagt Martin Kreutner. "Sie schädigen nicht nur die Opfer oder den Staat, sie schädigen die große Zahl der Beamtinnen und Beamten, die einen sauberen Job machen wollen, und die ein Recht haben auf jenes positive Image, das sie verdienen." Kreutner sieht das als Teil der "BIA-Idee".

In einem mitteleuropäischen Land wie Österreich müsse ausnahmslos sichergestellt sein, "dass sich jeder Bürger und jede Bürgerin auf die Rechtschaffenheit der Organe verlassen kann, die mit Hoheits- und Eingriffrechten ausgestattet sind", erläutert der BIA-Chef. Vor allem Korruption müsse mit aller Härte bekämpft werden: "Mitglieder krimineller Banden setzen Bestechungen gezielt ein, um zu Dingen zu kommen, die sie sonst nicht erreichen würden." Etwa wenn sie die Einstellung von Ermittlungen oder Verfahren erreichen oder Einfluss auf die Politik nehmen wollen.

Korruptionsvorbeugung

Die Beamten des BIA versuchen, Problem-Bewusstsein für Bestechungsversuche herzustellen. Sie weisen im Unterricht in den Grundlehrgängen darauf hin, in Fortbildungen und Kursen der Sicherheitsakademie. Martin Kreutner bezeichnet die Korruptionsvorbeugung als "zweite Säule" der BIA-Arbeit neben der Strafverfolgung.

Weltweit ist Österreich an 14. Stelle einer Skala von "Transparency International", in der Länder nach der Korruptionsresistenz gelistet werden. Am wenigsten von Bestechungen betroffen sind demnach Finnland, Island, Dänemark und Neuseeland. Deutschland liegt knapp hinter Österreich, die Schweiz knapp davor.

Am schlechtesten schneiden Bangladesch (Platz 133), Nigeria (132) und Haiti (131) ab. Als Plus wurde Österreich gewertet, dass es eine Einrichtung gibt wie das Büro für Interne Angelegenheiten. "Das bedeutet, Österreich stellt sich dem Problem, greift es an und geht mit aller Konsequenz dagegen vor", sagt Kreutner.

Korruption ist nicht ein Thema der Exekutive allein, sondern ein allgemein soziologisches Phänomen. Das Barometer von "Transparency International" betrifft ausschließlich die

Bestechung von Beamten. Nicht enthalten ist die Korruption zwischen Firmen und Privatpersonen. Dort können die Bestechenden oft mehr Rückfluss erwarten – dementsprechend höhere Korruptionssummen fließen. In vielen Ländern gelten Schmiergelder als einzurechnende Größen – auch in manchem "alten" EU-Land.

Vorbild BIA

Das BIA ist mittlerweile Vorbild für viele andere vergleichbare Dienststellen in Europa; mit einigen Ländern bestehen Kooperationsabkommen.

Die internationale Wertschätzung zeigt sich darin, dass das Büro für Interne Angelegenheiten heuer im Herbst im Rahmen eines Programms der Europäischen Kommission Gastgeber einer dreitägigen Fachkonferenz ist. Teilnehmer sind die Dienststellenleiter der Anti-Korruptionsbehörden der 25 EU-Mitgliedstaaten und Experten aus vier Kontinenten.

Gerhard Brenner

BIA

Nur Freiwillige

Im Büro für Interne Angelegenheiten arbeiten etwa 20 Beamtinnen und Beamte, zum Stammteam zählen zehn. Der Rest ist von Dienststellen zugeteilt, Polizisten wie Gendarmen, Sicherheitswachebeamte wie Kriminalbeamte, Frauen und Männer aus allen Bundesländern. Fast alle Beamten ersuchen um Verlängerung der ursprünglich angesetzten Zuteilungsdauer. Durchschnittlich bleiben sie sechs Monate bis ein Jahr.

Vorausgesetzt werden Engagement der Mitarbeiter, die sich zum BIA melden, ethische Reife, gefestigter Charakter und praktische Erfahrungen. Die Meldung muss freiwillig erfolgen. "Es hätte keinen Sinn, jemanden zum BIA zwangszu verpflichten", betont BIA-Leiter Mag. Martin Kreutner. Keine Probleme hatten die Kolleginnen und Kollegen bisher, wenn sie in ihre Stammdienststellen zurückkehrten. Im Gegenteil: Aus der Umgebung ehemals zugeteilter Beamter melden sich vermehrt Bedienstete für das BIA. Die Nachfrage ist größer als das Angebot. "Durch das Zuteilungssystem behalten wir Bodenkontakt", erläutert Kreutner. "Unsere Beamten werden, wenn sie in Dienststellen ermitteln, als Kollegen wie du und ich gesehen."

Das breite Spektrum garantiere, dass Besonderheiten der Bundesländer bei Erhebungen berücksichtigt werden. Dasselbe gelte für Korps-Eigenheiten. In Ermittlungsteams werden Beamte aus verschiedenen Bundesländern gemischt, Männer und Frauen sowie Polizei- und Gendarmeriebeamte. "Natürlich betrachten die Kollegen unsere Leute mit Argusaugen, wenn sie bei Ermittlungen auftauchen", sagt Kreutner: "Doch dieses Schicksal teilen die ‚Internen‘ weltweit. Das ist Teil einer psychohygienischen Reibebaum-Funktion, und in diese Kategorie fallen auch die frei erfundenen, manchmal humorigen Gerüchte über das BIA. Etwa jenes, dass wir Schuhputz- oder Mittagspausenkontrollen durchführen würden. Mit all dem können wir leben. Und darauf bereiten wir unsere Kolleginnen und Kollegen schon in den Vorstellungsgesprächen vor", erläutert der BIA-Chef. Es gibt beim BIA auch keine "verkaufbaren" Erfolgserlebnisse wie nach großen Suchtgiftsicherstellungen. Die Verhaftung eines korrupten Kollegen ist für die BIA-Beamten kein Anlass zum Feiern.